



FACHHOCHSCHULE LAUSITZ
University of Applied Sciences

Mitteilungsblatt Nr. 131

**Studien - und Prüfungsordnung (SPO)
für den
Bachelor / Master - Studiengang
Maschinenbau
der Fachhochschule Lausitz**

DIE PRÄSIDENTIN

27.04.2006

I n h a l t

I. Allgemeines	3
§ 1 Geltungsbereich der Prüfungs- und Studienordnung	3
§ 2 Ziel des Studiums; Zweck der Prüfung; Abschlussgrad	3
§ 3 Berechtigung zum Studium.....	3
§ 4 Beginn des Studiums; Regelstudienzeit; Studienumfang.....	4
§ 5 Umfang und Gliederung der Prüfungen.....	4
§ 6 Prüfungsausschuss.....	5
§ 7 Prüfer und Beisitzer	5
§ 8 Anrechnung von Studien- und Prüfungsleistungen	5
§ 9 Bewertung von Prüfungsleistungen	6
§ 10 Wiederholung von Prüfungsleistungen	6
§ 11 Versäumnis, Rücktritt, Täuschung, Ordnungsverstoß.....	7
II. Modulprüfungen.....	7
§ 12 Ziel, Umfang und Form der Modulprüfungen.....	7
§ 13 Zulassung zu Modulprüfungen	8
§ 14 Durchführung von Modulprüfungen	8
§ 15 Klausurarbeiten.....	9
§ 16 Mündliche Prüfungen.....	9
III. Praktischer Studienabschnitt	9
§ 17 Praktischer Studienabschnitt	9
IV. Abschlussarbeit	11
§ 18 Abschlussarbeit.....	11
§ 19 Zulassung zur Abschlussarbeit.....	11
§ 20 Ausgabe und Bearbeitung der Abschlussarbeit	12
§ 21 Abgabe und Bewertung der Abschlussarbeit	12
§ 22 Abschlusskolloquium	13
V. Ergebnis der Abschlussprüfung; Zusatzmodule.....	13
§ 23 Ergebnis der Abschlussprüfung.....	13
§ 24 Zusatzmodule	13
§ 25 Zeugnis, Gesamtnote.....	14

VI. Schlussbestimmungen.....	14
§ 26 Einsicht in die Prüfungsakten	14
§ 27 Ungültigkeit von Prüfungen.....	15
§ 28 Inkrafttreten, Übergangsvorschriften	15
Anlagen.....	16
Kurrikulum Bachelor Maschinenbau	16
Kurrikulum Master Maschinenbau	17

I. Allgemeines

§ 1

Geltungsbereich der Prüfungs- und Studienordnung

(1)

Diese Studien- und Prüfungsordnung gilt für die Durchführung und den Abschluss des Studiums im Bachelor – Studiengang bzw. im Master-Studiengang „Maschinenbau“ im Fachbereich Informatik/Elektrotechnik/Maschinenbau der Fachhochschule Lausitz.

§ 2

Ziel des Studiums; Zweck der Prüfung; Abschlussgrad

(1)

Das Studium soll unter Beachtung der allgemeinen Studienziele (§ 6 BbgHG) dem/der Studierenden auf der Grundlage wissenschaftlicher Erkenntnisse insbesondere die anwendungsbezogenen Inhalte seines Studienfachs vermitteln und ihn/sie befähigen, wissenschaftliche Methoden anzuwenden, praxisgerechte Problemlösungen zu erarbeiten und dabei auch außerfachliche Bezüge zu beachten. Das Studium soll die schöpferischen und gestalterischen Fähigkeiten des/der Studierenden entwickeln und ihn/sie auf die Abschlussprüfung vorbereiten.

(2)

Die Abschlussprüfung im Bachelorstudium bildet den ersten berufsqualifizierenden Abschluss des Studiums, die des Masterstudiums einen zweiten höherwertigen Abschluss. Durch die Abschlussprüfung soll festgestellt werden, ob der/die Studierende die für eine selbständige Tätigkeit im Beruf notwendigen gründlichen Fachkenntnisse erworben hat und befähigt ist, entsprechend seiner Ausbildung methodisch selbständig auf wissenschaftlicher Grundlage zu arbeiten.

(3)

Auf Grund der jeweils bestandenen Abschlussprüfung wird der Hochschulgrad "Bachelor of Engineering" bzw. Master of Engineering“ verliehen.

§ 3

Berechtigung zum Studium

(1)

Als Voraussetzung für die Aufnahme des Bachelorstudiums wird neben der allgemeinen Hochschul- oder Fachhochschulreife der Nachweis einer praktischen Tätigkeit von wenigstens 8 Wochen in einem fachrelevanten Gebiet gefordert. Voraussetzung für den Beginn des Masterstudiums ist neben einer Eignungsfeststellung durch eine Kommission, der wenigstens zwei dem Studiengang zugeordnete Professoren angehören, entweder ein erfolgreich abgeschlossenes Bachelorstudium im gleichen Studiengang an einer Fachhochschule oder an einer Universität oder ein erfolgreicher Abschluss eines einschlägigen Diplomstudienganges, sofern ein mindestens 14-wöchiges Industriepraktikum als Ausbildungsbestandteil ausgewiesen werden kann bzw. eine einschlägige Berufspraxis vorliegt. Die Eignung für das Masterstudium gilt als nachgewiesen, wenn die oben genannten Abschlüsse wenigstens das Prädikat „gut“ mit einer Gesamtnote von 2,0 und besser aufweisen. Ausländische Studierende müssen darüber hinaus noch entsprechende Kenntnisse der deutschen Sprache nachweisen (DSH 2). In allen anderen Fällen entscheidet die Kommission nach einem mündlichen Prüfungsgespräch von wenigstens 30-minütiger Dauer über Eignung oder Nichteignung der Bewerber.

(2)

Studierende, die das Masterstudium konsekutiv anstreben, können sich im siebenten Studiensemester schon vor bestandener Bachelorprüfung bewerben.

(3)

Der Nachweis einer praktischen Tätigkeit für das Bachelorstudium gilt als erbracht, wenn der Studienbewerber die Qualifikation für das Studium durch das Abschlusszeugnis eines Oberstufenzentrums für Technik in einer Fachrichtung, deren Abschluss für den Studiengang einschlägig ist, erworben hat.

(4)

Einschlägige Ausbildungs- und Berufstätigkeiten werden auf das Praktikum angerechnet. Über die Anrechnung entscheidet im Zweifelsfall der Dekan des Fachbereichs.

(5)

Beruflich qualifizierte Bewerber ohne Fachhochschulzugangsberechtigung können auf der Grundlage des § 25 Abs. 3 BbgHG über eine fachbezogene Eignungsprüfung den Zugang zum Bachelorstudium erwerben. Die Eignungsprüfung findet einmal jährlich statt, sie besteht aus einer schriftlichen und einer mündlichen Teilprüfung.

§ 4

Beginn des Studiums; Regelstudienzeit; Studienumfang

(1)

Das Bachelorstudium kann nur im Wintersemester, das Masterstudium nur im Sommersemester aufgenommen werden. Die Bewerbungsunterlagen sind bis spätestens 15. Juli (Bachelor) bzw. 15. Januar (Master) des Jahres einzureichen.

(2)

Das Studium umfasst eine Regelstudienzeit von sieben bzw. drei Semestern. Die Regelstudienzeit für den Bachelorabschluss schließt eine von der Fachhochschule begleitete und betreute berufspraktische Tätigkeit von mindestens 14 Wochen (Praktischer Studienabschnitt) ein. In der Regelstudienzeit des Bachelorstudiums und in der des Masterstudiums ist die jeweilige Prüfungszeit integriert.

(3)

Das Bachelorstudium wird durch die Erlangung von 210 Leistungspunkten (i. A. 30 Leistungspunkte (Credits) pro Semester) erfolgreich abgeschlossen, auf die berufspraktische Tätigkeit (Praktische Studienphase) entfallen 15; auf die Abschlussarbeit 12 und auf das Abschlusskolloquium 3 Leistungspunkte.

(4)

Das Masterstudium gliedert sich in einen zweisemestrigen Theorieteil und in das einsemestrige Masterprojekt. Für den erfolgreichen Abschluss sind mindestens 90 Leistungspunkte notwendig, wovon 30 auf das Masterprojekt entfallen.

Einzelheiten sind den in der Anlage beigefügten Kurrikula zu entnehmen.

§ 5

Umfang und Gliederung der Prüfungen

(1)

Die Prüfungen gliedern sich in studienbegleitende Modulprüfungen und in die jeweilige Abschlussprüfung.

(2)

Die Modulprüfungen finden jeweils in den Prüfungsperioden statt, die auf das Ende der Vorlesungsperiode des Moduls folgen.

(3)

Eine Abschlussprüfung besteht aus einer Abschlussarbeit und einer einem dazugehörigen Abschlusskolloquium. Das Thema der Abschlussarbeit (Bachelor) wird in der Regel am Ende des praktischen Studienabschnittes formuliert und die Konzeption im Rahmen einer Pflichtveranstaltung verteidigt. Die Thematik des Masterprojekts inklusive einer detaillierten Aufgabenstellung soll vor Beginn des Abschlussessemesters (3. Semester) vorliegen.

(4)

Das Studium sowie die Prüfungsverfahren sind so zu gestalten, dass das Studium einschließlich der Abschlussprüfung mit Ablauf des siebten (Bachelor) bzw. dritten (Master) Semesters abgeschlossen sein kann.

§ 6 Prüfungsausschuss

(1)

Der Dekan ist gemäß § 73 (2) BbgHG verantwortlich für die Studien- und Prüfungsorganisation. Er setzt in Abstimmung mit dem Fachbereichsrat einen Prüfungsausschuss ein.

(2)

Die bestellten Mitglieder des Prüfungsausschusses wählen aus ihrer Mitte einen Vorsitzenden.

(3)

Der Prüfungsausschuss bearbeitet und entscheidet studentische Beschwerden und Einsprüche in Prüfungsangelegenheiten, er tagt nichtöffentlich und fällt seine Entscheidungen mit einfacher Mehrheit seiner Mitglieder. Bei Stimmengleichheit entscheidet das Votum des Vorsitzenden.

(4)

Der Prüfungsausschussvorsitzende nimmt Beschwerden und Einsprüche entgegen, leitet die Ausschusssitzungen und gibt die Entscheidungen des Ausschusses bekannt.

§ 7 Prüfer und Beisitzer

(1)

Der Prüfungsausschuss bestellt die Prüfer und die Beisitzer. Für die Bestellung zum Prüfer gilt § 12 (3) BbgHG.

(2)

Der/die Studierende kann für die Beurteilung der Abschlussarbeit Prüfer vorschlagen. Ein Recht auf einen bestimmten Prüfer ist daraus nicht ableitbar.

(3)

Den Studierenden werden die Namen der Prüfer rechtzeitig bekannt gegeben. Die Bekanntgabe soll zugleich mit der Zulassung zur Prüfung, in der Regel mindestens zwei Wochen vor der Prüfung, erfolgen. Die Bekanntmachung durch Aushang ist ausreichend.

§ 8 Anrechnung von Studien- und Prüfungsleistungen

(1)

Einschlägige Studienzeiten an anderen Hochschulen im Geltungsbereich des Hochschulrahmengesetzes sowie dabei erbrachte Studien- und Prüfungsleistungen in demselben Studiengang werden ohne Gleichwertigkeitsprüfung anerkannt.

(2)

Studienzeiten und Prüfungsleistungen in anderen Studiengängen werden auf Antrag anerkannt, soweit sie gleichwertig sind. Gleiches gilt für Studien- und Prüfungsleistungen, die an Hochschulen außerhalb des Geltungsbereiches des Hochschulrahmengesetzes erbracht wurden. Für die Gleichwertigkeit sind die von der Kultusministerkonferenz und der Hochschulrektorenkonferenz gebilligten Äquivalenzvereinbarungen maßgebend. Soweit Äquivalenzvereinbarungen nicht vorliegen, entscheidet der Dekan über die Anrechnung.

(3)

Die Absätze 1 und 2 gelten für die Anrechnung der praktischen Studienphase und der dabei erbrachten Studienleistungen entsprechend.

(4)

In staatlich anerkannten Fernstudien erworbene Leistungsbewertungen werden, soweit sie gleichwertig sind, als Studien- oder Prüfungsleistungen sowie auf die Studienzeiten angerechnet. Bei der Feststellung der Gleichwertigkeit sind gemeinsame Beschlüsse der Kultusministerkonferenz und Hochschulrektorenkonferenz zu beachten.

(5)

Über die Anrechnung nach den Absätzen 1 bis 4 entscheidet der Dekan, im Zweifelsfall nach Anhörung von für die Fächer zuständigen Prüfern.

§ 9

Bewertung von Prüfungsleistungen

(1)

Prüfungsleistungen (Modulprüfungen) sind durch Noten zu bewerten; die Noten werden vom jeweiligen Prüfer festgesetzt. Bei der Notenvergabe können nichtganze Noten vergeben werden gemäß folgendem Schema:

Note	Prozentpunkte	Prädikat
1,0	≥ 95 %	hervorragend
1,3	≥ 90 %	sehr gut
1,7	≥ 85 %	gut
2,0	≥ 80 %	
2,3	≥ 75 %	
2,7	≥ 70 %	befriedigend
3,0	≥ 65 %	
3,3	≥ 60 %	
3,7	≥ 55 %	ausreichend
4,0	≥ 50 %	
5,0	< 50 %	nicht ausreichend

Die Notenvergabe für die Abschlussarbeiten wird in § 21 geregelt.

§ 10

Wiederholung von Prüfungsleistungen

(1)

Eine nicht bestandene Modulprüfung kann zweimal wiederholt werden. Die Wiederholung soll in den vorgesehenen Prüfungszeiträumen der auf den erfolglosen Versuch folgenden Semester stattfinden.

(2)

Die Abschlussarbeit und das Kolloquium können je einmal wiederholt werden.

(3)

Eine mindestens als "ausreichend" (4,0) bewertete Prüfung kann nicht wiederholt werden.

(4)

Versäumt ein/e Studierende/r, der/die eine Modulprüfung nicht bestanden hat, sich zu dem jeweiligen folgenden Prüfungstermin anzumelden, so erlischt der Prüfungsanspruch, es sei denn, dass der/die Studierende das Fristversäumnis nicht zu vertreten hat.

(5)

Versäumt ein/e Studierende/r, der/die das Kolloquium erstmals nicht bestanden hat, sich innerhalb von zwölf Monaten erneut zum Kolloquium anzumelden, erlischt der Prüfungsanspruch, es sei denn, dass er/sie das Fristversäumnis nicht zu vertreten hat. Die erforderlichen Feststellungen trifft der Dekan.

§ 11

Versäumnis, Rücktritt, Täuschung, Ordnungsverstoß

(1)

Eine Modulprüfung gilt als "nicht ausreichend" (Note 5) bewertet, wenn der/die Studierende zu einem Prüfungstermin ohne triftige Gründe nicht erscheint oder wenn er/sie nach Beginn der Prüfung ohne triftige Gründe von der Prüfung zurücktritt oder die Prüfungsleistung nicht vor Ablauf der Prüfung erbringt. Satz 1 gilt entsprechend, wenn der/die Studierende die Abschlussarbeit nicht fristgemäß abliefern.

(2)

Die für den Rücktritt oder das Versäumnis geltend gemachten Gründe müssen dem Dekan unverzüglich schriftlich angezeigt und glaubhaft gemacht werden. Bei Krankheit des/der Studierenden kann die Vorlage eines ärztlichen oder amtsärztlichen Attestes verlangt werden. Erkennt der Dekan die Gründe an, so kann der/die Studierende erneut die Zulassung zu der entsprechenden Modulprüfung beantragen, ohne dass dies auf die Anzahl der Versuche angerechnet wird.

(3)

Versucht der/die Studierende, das Ergebnis seiner/ihrer Prüfung durch Täuschung oder Benutzung nicht zugelassener Hilfsmittel zu beeinflussen, so gilt die betreffende Modulprüfung als mit "nicht ausreichend" (5,0) bewertet. Ein/e Studierende/r, der/die den ordnungsgemäßen Ablauf der Prüfung stört, kann von dem jeweiligen Prüfer oder Aufsichtführenden, in der Regel nach Abmahnung, von der Fortsetzung der Prüfung ausgeschlossen werden; in diesem Fall gilt die betreffende Prüfung als mit "nicht ausreichend" (5,0) bewertet. Die Gründe für den Ausschluss sind aktenkundig zu machen.

II. Modulprüfungen

§ 12

Ziel, Umfang und Form der Modulprüfungen

(1)

In den Modulprüfungen soll festgestellt werden, ob der/die Studierende Inhalt und Methoden der Prüfungsmodule in den wesentlichen Zusammenhängen beherrscht und die erworbenen Kenntnisse und Fähigkeiten selbständig anwenden kann.

(2)

Die Prüfungsanforderungen sind an dem Inhalt der Lehrveranstaltungen zu orientieren, die für den betreffenden Modul vorgesehen sind.

(3)

Die Modulprüfung besteht entweder in einer schriftlichen Klausurarbeit (Regeldauer: 2 - 4 Zeitstunden), aus einer mündlichen Prüfung (Regeldauer: 30 Minuten) und/oder einer alternativen benoteten Prüfungsleistung (z. B. Dokumentation, Projektarbeit, Referat und dergl.) gemäß der

Beschreibung im Modulhandbuch. Der Prüfer legt mindestens zwei Monate vor einem Prüfungstermin die Prüfungsform und im Fall einer Klausurarbeit deren Bearbeitungszeit im Benehmen mit dem Dekan für alle Studierenden der jeweiligen Prüfung verbindlich fest.

(4)

Die praktische Studienphase wird lediglich mit „erfolgreich abgeschlossen“ oder „nicht erfolgreich abgeschlossen“ bewertet. Bei einer Negativbewertung muss die praktische Studienphase wiederholt werden.

§ 13

Zulassung zu Modulprüfungen

(1)

Zu einer Modulprüfung kann nur zugelassen werden, wer an der Hochschule als Studierende/r eingeschrieben ist und einen Prüfungsantrag gestellt hat (Einschreibepflicht).

(2)

In bestimmten Fällen ist der erfolgreiche Abschluss eines Laborpraktikums notwendige Voraussetzung für die Zulassung zur Modulprüfung. Der Modulverantwortliche gibt das zu Beginn der Lehrveranstaltungsreihe bekannt.

(3)

Dem Antrag auf Prüfungszulassung sind bei Aufforderung folgende Unterlagen beizufügen oder bis zu einem vom Dekan festgesetzten Termin nachzureichen, sofern sie nicht bereits früher vorgelegt wurden:

- die Nachweise über die in den Absätzen 1 und 2 genannten Zulassungsvoraussetzungen,
- eine Erklärung über bisherige Versuche zur Ablegung entsprechender Modulprüfungen bzw. über bisherige Versuche zur Ablegung einer Abschlussprüfung,
- eine Erklärung darüber, ob bei einer mündlichen Prüfung einer Zulassung von Zuhörern widersprochen wird.

(4)

Der Antrag auf Zulassung zu einer Modulprüfung kann schriftlich beim Dekan bis eine Woche vor dem festgesetzten Prüfungstermin ohne Anrechnung auf die Zahl der möglichen Prüfungsversuche zurückgenommen werden.

(5)

Die Zulassung ist zu versagen, wenn der/die Studierende eine entsprechende Modulprüfung oder die Abschlussprüfung im Geltungsbereich des Grundgesetzes im gleichen Studiengang endgültig nicht bestanden oder seinen/ihren Prüfungsanspruch im gleichen Studiengang durch Versäumen einer Wiederholungsfrist verloren hat.

§ 14

Durchführung von Modulprüfungen

(1)

Für jedes Modul ist ein Prüfungstermin im Semester vorzusehen. Er soll in der Regel innerhalb der im zentralen Studienjahresablaufplan festgelegten Prüfungszeiträume liegen.

(2)

Der Prüfungstermin wird den Studierenden rechtzeitig, in der Regel mindestens zwei Wochen vor der betreffenden Prüfung, bekannt gegeben.

(3)

Der/die Studierende hat sich auf Verlangen des Prüfers oder Aufsichtführenden mit einem amtlichen Ausweis auszuweisen.

(4)

Macht ein/e Studierende/r durch ein ärztliches Zeugnis oder auf andere Weise glaubhaft, dass er/sie wegen körperlicher Behinderung nicht in der Lage ist, die Prüfung ganz oder teilweise in der vorgesehenen Form abzulegen, kann der Dekan gestatten, gleichwertige Prüfungsleistungen in einer anderen Form zu erbringen. Er hat dafür zu sorgen, dass durch die Gestaltung der Prüfungsbedingungen eine Benachteiligung für Behinderte nach Möglichkeit ausgeglichen wird. Im Zweifel kann der Dekan weitere Nachweise fordern.

(5)

Kann eine Studierende durch ein ärztliches Zeugnis glaubhaft machen, dass sie den Mutterschutz in Anspruch nehmen kann, hat der Dekan zu gestatten, gleichwertige Prüfungsleistungen in einer anderen Form und zu anderen Zeiträumen zu erbringen.

§ 15 Klausurarbeiten

(1)

In den Klausurarbeiten soll der/die Studierende nachweisen, dass er/sie in begrenzter Zeit und mit beschränkten Hilfsmitteln Probleme aus Gebieten des jeweiligen Moduls mit geläufigen Methoden seiner Fachrichtung erkennen und auf richtigem Wege zu einer Lösung führen kann.

(2)

Eine Klausurarbeit findet unter Aufsicht statt. Über die Zulassung von Hilfsmitteln entscheidet der Prüfer.

§ 16 Mündliche Prüfungen

(1)

Mündliche Prüfungen werden in der Regel vor einem Prüfer in Gegenwart eines sachkundigen Beisitzers als Einzelprüfung oder als Gruppenprüfung abgelegt. Vor der Festsetzung der Note hat der Prüfer den Beisitzer zu hören.

(2)

Die wesentlichen Gegenstände und Ergebnisse der Prüfung, insbesondere die für die Benotung maßgeblichen Tatsachen, sind in einem Protokoll festzuhalten. Das Ergebnis der Prüfung ist dem Studierenden unmittelbar im Anschluss an die mündliche Prüfung bekannt zu geben.

(3)

Studierende, die sich in einem späteren Prüfungszeitraum der gleichen Prüfung unterziehen wollen, werden nach einem entsprechenden schriftlichen Antrag und nach Maßgabe der räumlichen Verhältnisse als Zuhörer in einer Prüfung zugelassen, sofern nicht ein Kandidat bei der Meldung zur Prüfung widersprochen hat. Die Zulassung erstreckt sich nicht auf die Beratung und Bekanntgabe des Prüfungsergebnisses.

III. Praktischer Studienabschnitt

§ 17 Praktischer Studienabschnitt

(1)

Im Studium ist eine berufspraktische Tätigkeit von mindestens 14 Wochen (Praktischer Studienabschnitt) integriert. Der Praktische Studienabschnitt gliedert sich in die praktische Ausbildung und in das Kolloquium. Zum Praktischen Studienabschnitt kann nur zugelassen werden, wer an der Fachhochschule Lausitz eingeschrieben ist und alle Modulprüfungen bis auf eine bestanden hat.

(2)

Der Praktische Studienabschnitt soll die Studierenden an die berufliche Tätigkeit durch konkrete Aufgabenstellung und praktische Mitarbeit in Betrieben oder anderen Einrichtungen der Berufspraxis herañführen.

Es soll insbesondere dazu dienen, die im bisherigen Studium erworbenen Kenntnisse und Fähigkeiten anzuwenden und die bei der praktischen Tätigkeit gemachten Erfahrungen zu reflektieren und auszuwerten.

(3)

Der Dekan bestellt einen Beauftragten für den Praktischen Studienabschnitt, der die organisatorischen Aufgaben des Praktischen Studienabschnittes wahrnimmt.

(4)

Die erfolgreiche Teilnahme am Praktischen Studienabschnitt wird von dem für die Begleitung zuständigen Lehrenden bescheinigt, wenn

- eine Bestätigung der Ausbildungsstätte über die Mitarbeit des/der Studierenden vorliegt (betriebliches Zeugnis),
- der/die Studierende das dem Praktischen Studienabschnitt zugeordnete Kolloquium erfolgreich bestanden hat und
- die berufspraktische Tätigkeit des/der Studierenden dem Zweck des Praktischen Studienabschnitts entsprochen und der/die Studierende die ihm/ihr übertragenen Arbeiten zufrieden stellend ausgeführt hat.

(5)

Der/die Studierende ist verpflichtet, sich rechtzeitig um eine Stelle für den Praktischen Studienabschnitt in einem geeigneten Betrieb oder einer anderen geeigneten Einrichtung der Berufspraxis zu bewerben. Über die Zusage einer Stelle für diese Ausbildungsphase ist der Beauftragte für den Praktischen Studienabschnitt unverzüglich zu informieren. Er ist ebenfalls zu informieren, wenn der/die Studierende trotz nachgewiesener mehrfacher Bemühungen bis zwei Wochen vor Ablauf der Vorlesungszeit des dem Praktischen Studienabschnitt vorausgehenden Semesters keine geeignete Stelle für die praktische Tätigkeit gefunden hat. In diesem Fall ist der Fachbereich zur Hilfe verpflichtet.

(6)

Betriebe oder andere Einrichtungen der Berufspraxis sind für die Ableistung des Praktischen Studienabschnitts geeignet, wenn sie sicherstellen, dass

- der/die Studierende während des Praktischen Studienabschnitts mit studienbezogenen Tätigkeiten beschäftigt und dabei von einem dazu geeigneten hauptberuflichen Mitarbeiter angeleitet wird und
- mit dem/der Studierenden eine entsprechende vertragliche Vereinbarung abgeschlossen wird.

(7)

Mit dem Praktikumsbetrieb ist ein Vertrag abzuschließen, in dem die Rechte und Pflichten des Praktikanten, des Betriebes bzw. der Einrichtung und die der Fachhochschule geregelt sind.

(8)

Über die Eignung eines Betriebes oder einer anderen Einrichtung der Berufspraxis für die Ableistung des Praktischen Studienabschnitts entscheidet der Beauftragte für den Praktischen Studienabschnitt. Die Eignungsfeststellung ist Voraussetzung für den Abschluss des Vertrages gemäß Absatz 7 durch die Studierenden.

(9)

Während des Praktischen Studienabschnitts bleibt der/die Studierende Mitglied der Fachhochschule Lausitz. Er/sie unterliegt daneben den Weisungen und Vorschriften des Betriebes, in dem er/sie den Praktischen Studienabschnitt ableistet. Bei erheblichen Problemen im Zusammenhang mit seiner/ihrer Praxistätigkeit hat der/die Studierende den ihm/ihr zugewiesenen Ansprechpartner (siehe folgender Absatz 10) unverzüglich zu informieren.

(10)

Dem/der Studierenden wird für die Dauer des Praktischen Studienabschnitts ein hauptamtlich im Studiengang Lehrender als Ansprechpartner zugewiesen. Die Zuweisung erfolgt durch den Dekan. Dem Ansprechpartner obliegt die Beratung der Studierenden in fachlichen Fragen und bei der Anfertigung der Abschlussberichte.

(11)

Der/die Studierende hat über seine Praxistätigkeit einen schriftlichen Bericht mit Darstellung und Reflexion seiner Erfahrungen anzufertigen. Der Termin, an dem der Bericht vorzulegen ist, wird vom Beauftragten des Praktischen Studienabschnitts im Einvernehmen mit dem Betreuer festgelegt. Der Bericht ist Grundlage für die im Kolloquium zu erbringende Prüfungsleistung (Modulprüfung Praktischer Studienabschnitt). Die Kolloquien werden im Rahmen eines einwöchigen Blockseminars durchgeführt.

IV. Abschlussarbeit

§ 18 Abschlussarbeit

(1)

Die Abschlussarbeit soll zeigen, dass der/die Studierende befähigt ist, innerhalb einer vorgegebenen Frist eine praxisorientierte Aufgabe aus seinem Fachgebiet nach wissenschaftlichen und fachpraktischen Methoden selbständig zu bearbeiten.

(2)

Die Abschlussarbeit (Bachelor bzw. Master) wird in der Regel außerhalb der Hochschule in einem Betrieb oder einer Einrichtung der beruflichen Praxis durchgeführt. Sie kann von jedem Professor, der gemäß § 7 zum Prüfer bestellt werden kann, ausgegeben und betreut werden. Bachelorarbeiten werden im Anschluss an den Praktischen Studienabschnitt in der nämlichen Einrichtung durchgeführt.

(3)

Die Abschlussarbeit kann auch in Form einer Gruppenarbeit zugelassen werden, wenn der als Prüfungsleistung zu bewertende Beitrag des einzelnen Studierenden auf Grund der Angabe von Abschnitten, Seitenzahlen oder anderen objektiven Kriterien, die eine eindeutige Abgrenzung ermöglichen, deutlich unterscheidbar und bewertbar ist und die Anforderungen nach Absatz 1 erfüllt.

§ 19 Zulassung zur Abschlussarbeit

(1)

Zur Abschlussarbeit kann zugelassen werden, wer alle Modulprüfungen bestanden hat. Der erfolgreiche Abschluss der Praktischen Studienphase ist eine Modulprüfung.

(2)

Der Antrag auf Zulassung ist schriftlich an den Dekan zu richten. Dem Antrag sind folgende Unterlagen beizufügen, sofern sie nicht bereits früher vorgelegt wurden:

- die Nachweise über die in Absatz 1 genannten Zulassungsvoraussetzungen,
- eine Erklärung über die bisherigen Versuche zur Bearbeitung einer Abschlussarbeit und zur Ablegung der Abschlussprüfung im gleichen Studiengang.

Dem Antrag soll eine Erklärung darüber beigefügt werden, welcher Prüfer zur Ausgabe und Betreuung der Abschlussarbeit bereit ist.

(3)

Der Antrag auf Zulassung kann schriftlich bis zur Bekanntgabe der Entscheidung über den Antrag ohne Anrechnung auf die Zahl der möglichen Prüfungsversuche zurückgenommen werden.

(4)

Über die Zulassung entscheidet der Dekan. Die Zulassung ist zu versagen, wenn

- die in Absatz 1 genannten Voraussetzungen nicht erfüllt sind oder
- die Unterlagen unvollständig sind oder
- im Geltungsbereich des Grundgesetzes eine entsprechende Abschlussarbeit des/der Studierenden ohne Wiederholungsmöglichkeit als nicht ausreichend bewertet worden ist oder
- der/die Studierende eine der in Absatz 2 Satz 2 Nr. 2 genannten Prüfungen endgültig nicht bestanden hat oder
- wenn der/die Studierende im Geltungsbereich des Grundgesetzes seinen Prüfungsanspruch im gleichen Studiengang durch Versäumen einer Wiederholungsfrist verloren hat.

§ 20

Ausgabe und Bearbeitung der Abschlussarbeit

(1)

Die Ausgabe der Abschlussarbeit erfolgt über das Prüfungsamt. Als Zeitpunkt der Ausgabe gilt der Tag, an dem der Dekan das von dem Betreuer der Abschlussarbeit gestellte Thema dem Studierenden bekannt gibt; der Zeitpunkt ist aktenkundig zu machen.

(2)

Der Zeitraum für die Bearbeitung der Abschlussarbeit (Ausgabe des Themas bis Abgabe der Abschlussarbeit) beträgt für den Bachelor 8, für den Master 20 Wochen. Das Thema und die Aufgabenstellung müssen so beschaffen sein, dass die Abschlussarbeit innerhalb der vorgesehenen Frist beendet werden kann.

Im Ausnahmefall kann der Dekan auf einen vor Ablauf der Frist gestellten begründeten Antrag die Bearbeitungszeit der Masterarbeit um vier Wochen verlängern. Der Betreuer der Abschlussarbeit soll zu dem Antrag gehört werden. Eine nochmalige Verlängerung ist ausgeschlossen.

§ 21

Abgabe und Bewertung der Abschlussarbeit

(1)

Die Abschlussarbeit ist fristgemäß beim Prüfungsamt abzuliefern. Der Zeitpunkt der Abgabe ist aktenkundig zu machen; bei Zustellung der Arbeit durch die Post ist der Zeitpunkt der Einlieferung bei der Post maßgebend. Bei der Abgabe der Abschlussarbeit hat der Studierende schriftlich zu versichern, dass er seine Arbeit - bei einer Gruppenarbeit den entsprechend gekennzeichneten Anteil der Arbeit - selbständig angefertigt und keine anderen als die angegebenen und bei Zitaten kenntlich gemachten Quellen und Hilfsmittel benutzt hat.

(2)

Die Abschlussarbeit ist von zwei Prüfern zu bewerten von denen einer ein Professor sein muss.

(3)

Bei nicht übereinstimmender Bewertung durch die Prüfer wird die Note der Abschlussarbeit aus dem arithmetischen Mittel der Einzelbewertungen gebildet, sofern die Differenz der beiden Noten weniger als 2,0 beträgt.

(4)

Beträgt die Differenz 2,0 oder mehr, so wird vom Dekan ein dritter Prüfer bestimmt. In diesem Fall ergibt sich die Note der Abschlussarbeit aus dem arithmetischen Mittel der beiden besseren Einzelbewertungen. Die Abschlussarbeit kann jedoch nur dann als "ausreichend" (4,0) oder besser bewertet werden, wenn mindestens zwei der Noten "ausreichend" (4,0) oder besser sind. Alle Bewertungen sind schriftlich zu begründen.

§ 22 Abschlusskolloquium

(1)

Nach bestandener Abschlussarbeit verteidigt der Studierende die Ergebnisse seiner Arbeit in einem öffentlichen Abschlusskolloquium. Das Abschlusskolloquium umfasst einen wissenschaftlichen Vortrag mit Reflexion der erreichten Ergebnisse von ca. 20-minütiger (Bachelor) bzw. 30-minütiger (Master) Dauer und eine anschließende Diskussion, in der jeder Zuhörer Fragerecht hat. Die Diskussion wird vom betreuenden Hochschullehrer geleitet.

(2)

Die Note für das Abschlusskolloquium unmittelbar nach erfolgter Diskussion wird von den beiden Prüfern, welche die Abschlussarbeit bewertet haben, einvernehmlich und unter sinngemäßer Beachtung von § 21 (3), (4) festgelegt.

(3)

Das Abschlusskolloquium soll vor Ablauf des Semesters stattfinden.

V. Ergebnis der Abschlussprüfung; Zusatzmodule

§ 23 Ergebnis der Abschlussprüfung

(1)

Die Abschlussprüfung ist bestanden, wenn alle vorgeschriebenen Modulprüfungen gemäß § 13 bestanden sowie die Abschlussarbeit und das Abschlusskolloquium mindestens mit "ausreichend" (4,0) bewertet worden sind.

(2)

Die Abschlussprüfung ist nicht bestanden, wenn eine der in Absatz 1 benannten Prüfungsleistungen endgültig als "nicht ausreichend" bewertet worden ist oder als "nicht ausreichend" bewertet gilt. Über die nicht bestandene Abschlussprüfung oder über den Verlust des Prüfungsanspruchs gemäß § 10 (5) wird ein Bescheid erteilt, der mit einer Rechtsbehelfsbelehrung zu versehen ist. Auf Antrag stellt der Dekan nach der Exmatrikulation eine Bescheinigung aus, die die erbrachten Prüfungsleistungen und Leistungsnachweise und deren Benotung sowie die zur Abschlussprüfung noch fehlenden Prüfungsleistungen oder Leistungsnachweise enthält. Aus der Bescheinigung muss hervorgehen, dass der Studierende die Abschlussprüfung endgültig nicht bestanden oder seinen Prüfungsanspruch gemäß § 10 verloren hat.

§ 24 Zusatzmodule

(1)

Der/die Studierende kann sich in weiteren als den vorgeschriebenen Modulen einer Prüfung unterziehen (Zusatzmodule). Das Ergebnis dieser Modulprüfungen wird auf Antrag in das Zeugnis aufgenommen, bei der Festsetzung der Gesamtnote jedoch nicht berücksichtigt.

(2)

Als Prüfung in Zusatzmodulen gilt auch, wenn der/die Studierende aus einem Katalog von Wahlmodulen mehr als die vorgeschriebene Anzahl auswählt und durch Modulprüfungen abschließt.

In diesem Fall gelten die zuerst abgelegten Modulprüfungen als die vorgeschriebenen Prüfungen, es sei denn, der/die Studierende hätte vor der ersten Prüfung etwas anderes bestimmt.

(3)

Für erfolgreich abgeschlossene Zusatzmodule werden keine Kreditpunkte vergeben.

§ 25

Zeugnis, Gesamtnote

(1)

Über die bestandene Abschlussprüfung wird unverzüglich, möglichst innerhalb von vier Wochen nach der letzten Prüfungsleistung, ein Zeugnis ausgestellt. Das Zeugnis enthält Noten der Modulprüfungen, die Note der Abschlussarbeit, die Note des Kolloquiums sowie die Gesamtnote der Abschlussprüfung. In dem Zeugnis werden ferner der erfolgreiche Abschluss des Praktischen Studienabschnitts und gegebenenfalls auf Antrag die Noten von Zusatzfächern testiert. Ebenso ist der gewählte Studiengang im Zeugnis kenntlich zu machen. Entsprechendes gilt für Prüfungsleistungen, die an einer anderen Hochschule erbracht und nach § 8 angerechnet worden sind.

(2)

Die Gesamtnote der Abschlussprüfung wird aus dem arithmetischen Mittel der Einzelnoten gemäß § 9 gebildet. Dabei werden folgende Notengewichte zugrunde gelegt:

Modulnotendurchschnitt:	siebenfach
Abschlussarbeit:	zweifach
Abschlusskolloquium:	einfach

(3)

Das Zeugnis ist mit dem Prägestempel der Hochschule zu siegeln und vom Dekan zu unterzeichnen. Das Zeugnis trägt das Datum des Tages, an dem die letzte Prüfungsleistung (Abschlusskolloquium) erbracht worden ist.

(4)

Gleichzeitig mit dem Zeugnis erhält der/die Kandidat/in die Bachelor – bzw. Masterurkunde mit dem Datum des Zeugnisses. Die Urkunde wird vom Präsidenten und vom Dekan unterzeichnet und mit dem Siegel der Fachhochschule versehen.

(5)

Zusätzlich zum Zeugnis erhält der Absolvent ein „Diploma Supplement“, in dem die erreichte Qualifikation, das Qualifikationsniveau und die Inhalte der studierten Fachgebiete entsprechend den Festlegungen der Europäischen Kommission beschrieben sind.

VI. Schlussbestimmungen

§ 26

Einsicht in die Prüfungsakten

(1)

Nach Abschluss des Prüfungsverfahrens wird dem/der Studierenden auf Antrag Einsicht in seine/ihre schriftlichen Prüfungsarbeiten gewährt.

(2)

Die Einsichtnahme ist binnen eines Monats nach Bekanntgabe des Prüfungsergebnisses möglich. Ort und Zeit der Einsichtnahme werden bekannt gegeben.

§ 27

Ungültigkeit von Prüfungen

(1)

Hat der/die Studierende bei einer Prüfung getäuscht und wird diese Tatsache erst nach der Aushändigung des Zeugnisses bekannt, so kann der Dekan nachträglich die Noten für diejenigen Prüfungsleistungen, bei deren Erbringung der/die Studierende getäuscht hat, entsprechend berichtigen und die Abschlussprüfung ganz oder teilweise für nicht bestanden erklären.

(2)

Waren die Voraussetzungen für die Zulassung zu einer Prüfung nicht erfüllt, ohne dass der/die Studierende hierüber täuschen wollte, und wird diese Tatsache erst nach Aushändigung des Zeugnisses oder der Bescheinigung bekannt, so wird dieser Mangel durch das Bestehen der Prüfung getilgt. Hat der/die Studierende die Zulassung vorsätzlich zu Unrecht erwirkt, so kann die Modulprüfung für „nicht ausreichend“ und die Abschlussprüfung für „nicht bestanden“ erklärt werden.

(3)

Das unrichtige Prüfungszeugnis ist einzuziehen und gegebenenfalls neu zu erteilen. Eine Entscheidung nach Absatz 1 und Absatz 2 Satz 2 ist nach einer Frist von fünf Jahren nach Ausstellung des Prüfungszeugnisses oder der Bescheinigung nach § 22 (2) ausgeschlossen.

§ 28

Inkrafttreten, Übergangsvorschriften

(1)

Die Prüfungsordnung tritt nach der Genehmigung durch die Präsidentin am Tage nach der Veröffentlichung im Mitteilungsblatt der FHL in Kraft.

Die Studien- und Prüfungsordnung wurde durch den Fachbereichsrat des Fachbereiches Informatik/ Elektrotechnik/ Maschinenbau am 20.03.2006 erlassen, dem Ministerium für Wissenschaft, Forschung und Kultur angezeigt und durch die Präsidentin der Fachhochschule Lausitz am 27.04.2006 genehmigt.

Anlage
Kurrikulum Bachelor-Studiengang

Kurrikulum Maschinenbau	1. Studienjahr				2. Studienjahr				3. Studienjahr			
Module	1. Sem.		2. Sem.		3. Sem.		4. Sem.		5. Sem.		6. Sem.	
	SWS	LP	SWS	LP	SWS	LP	SWS	LP	SWS	LP	SWS	LP
Mathematik 1	8	9										
Mathematik 2			6	6								
Informatik 1	4	5										
Informatik 2			4	4								
Experimentalphysik 1	4	4										
Experimentalphysik 2			4	4								
Physikalisches Praktikum	1	1	1	1								
TM 1 (Statik)	4	5										
TM 2 (Festigkeitslehre 1)			4	5								
TM 3 (Dynamik)					4	5						
Werkstofftechnik1			4	4								
Werkstofftechnik2					4	5						
Grundlagen d. Elektrotechnik					4	5						
Technische Thermo- und Fluidodynamik							4	5	4	5		
KL 1 -Technische Darstellung	4	6										
CAD			2	3								
KL 2 -Technische Gestaltung					4	5						
KL 3 - Maschinenelemente							4	5				
Fertigungstechnik 1			2	3								
Fertigungstechnik 2					4	5						
Betriebswirtschaftslehre							4	5				
Getriebelehre									4	4		
Grundlagen der Regelungstechnik									4	4		
Steuerungstechnik									2	2		
Fertigungsorganisation/ Arbeitsvorbereitung							4	5				
Fluidtechnik											2	2
Industriebetriebslehre											4	4
Werkzeugmaschinen und Handhabetechnik I											4	5
Werkzeugmaschinenlabor											2	2
Elektrische Maschinen, Antriebe									4	5		
Fördertechnik											4	5
Fremdsprache					4	5						
Prozessmesstechnik									4	5		
Praktikum Prozessmesstechnik											2	2
Wahlpflicht								10		5		10
Summen:	25	30	27	30	24	30	16 +W	30	22 +W	30	18 +W	30

Bachelor, 7. Semester	
14 Wochen praktische Studienphase	12
Blockseminar (Patentrecht, Bericht, Prüfung in Form eines Kolloquiums)	3
Abschlussarbeit (Bachelor) mit Kolloquium	12
Summe	30

Wahlpflichtfächer Bachelor Maschinenbau	4. Sem.		5. Sem.		6. Sem.	
	SWS	LP	SWS	LP	SWS	LP
TM 4 (Ausgewählte Kapitel)	4	5				
Einführung in FEM			4	5		
Entwicklungsprojekt 1 und 2	2	3			4	5
CAD-Workshop	2	2				
Konstruktionstechnik I					4	5
Arbeitswissenschaft	2	2				
Werkstofftechnik3	4	5				
Fertigungstechnik 3 / Beschichtungstechnik			4	5		
CNC- Praktikum					4	5
Kolben- und Strömungsmaschinen					4	5

Anlage Kurrikulum Master-Studiengang

Kurrikulum Master Maschinenbau	4. Studienjahr		5. Studienjahr		
Module	8. Sem.		9. Sem.		10. Sem.
	SWS	LP	SWS	LP	Masterarbeit
Mathematik	4	5			30
Modellierung, Simulation und Optimierung			2	3	
Informatik	4	5			
Projektmanagement	4	5			
Übergreifendes Entwicklungsprojekt			4	5	
Wahlpflicht		15		22	
Kolloquium/ Abschlussarbeit					
Summen:	12 +W	30	6 +W	30	30

Wahlpflichtfächer Master Maschinenbau	8. Sem.		9. Sem.		
	SWS	LP	SWS	LP	
Angew. Schwingungstechnik / Betriebsfestigkeit			4	5	Wahlpflichtblock Entwicklung und Konstruktion
Konstruktionstechnik II	2	3			
Leichtbau			6	7	
FEM Anwendung	4	4			
Fabrik- u. Produktionsplanung			4	5	Wahlpflichtblock Produktionstechnik
Industrieautomation	4	5			
Instandhaltung und Diagnose			4	5	
Materialfluss			4	5	
Stahlbau	2	3			
CAX-Techniken (+PPS)			4	5	
SPS	4	5			
Fügetechnik			4	5	
Betriebsmittelkonstruktion	2	2			
Tribologie und Oberflächenschutztechnik	4	5			
Rechnergestützte Systemanalyse und Modellbildung	4	5			
Werkzeugmaschinen und Handhabetechnik II			2	3	
Zuverlässigkeitstechnik	2	2			
Maschinenorientierte Programmiersprache			4	4	
Schadensanalyse			2	2	
Eigenschaften der Kunststoffe / Compounds / Hochleistungskunststoffe	2	2			
Maschinen u. Prozesse der Kunststoff- u. Gummiverarbeitung	2	2			
Recyclingtechniken u. Kreislauffähigkeit von Polymeren			2	2	
Strömungen in Verarbeitungsmaschinen			2	2	
Verstärkte Kunststoffe			4	4	

Das Wahlpflichtangebot versteht sich als Angebot, das an die Nachfrage aus der Industrie angepasst wird.